



Presse Medien Information

IG Metall
 Verwaltungsstelle Osnabrück
 Hartmut Riemann
 Tel. 0541 338 38 11

8. Oktober 2003

Warnstreik bei der Georgsmarienhütte GmbH

400 Beschäftigte der Georgsmarienhütte GmbH legten aus Protest über das provokative Angebot der Arbeitgeber in der Tarifrunde für die Eisen- und Stahlindustrie die Arbeit nieder. Die Produktion ruhte insgesamt für ca. 2 Stunden.

Gleichzeitig beteiligten sich auch die Belegschaften der Firmen IAG Georgsmarienhütte GmbH und Magnum Metallbearbeitung GmbH aus Osnabrück, die ebenfalls diesem Tarifvertrag unterliegen.

Auf die Forderung der IG Metall nach einer Einkommenserhöhung von 4,5 % hatten die Stahl-Arbeitgeber in der 3. Verhandlungsrunde eine Einkommenserhöhung von 1,8 % ab dem 01. Dezember 2003 für eine Gesamtlaufzeit von 18 Monaten angeboten. Dies würde für die Belegschaften 3 sogenannte „Nullmonate“ zur Folge haben. Die Ausbildungsvergütungen sollten nach den Vorstellungen der Arbeitgeber ebenfalls nicht

erhöht werden. Hier boten die Arbeitgeber an, über eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten verhandeln zu wollen.

Auf der Protestkundgebung richtete zunächst Petra Rahe, Vorsitzende der Jugend- und

Auszubildendenvertretung der Georgsmarienhütte GmbH, das Wort an die Streikenden.

„Auch Auszubildende haben einen Anspruch auf eine angemessene Vergütung und sind auf eine Erhöhung angewiesen, da auch der Lebensunterhalt für Jugendliche teurer geworden ist“, sagte sie wörtlich und kritisierte das unverbindliche Angebot der Arbeitgeber nach einer Erhöhung der Ausbildungskapazitäten mit dem Argument, dass zur Lösung des Ausbildungsplatzproblems dringend eine gesetzliche Umlagefinanzierung eingeführt werden müsste.

Aus den Verhandlungen berichtete dann der IG Metall Bezirkssekretär aus NRW, Robert Sadowsky.

Er ging insbesondere auf das sich wie ein „Leierkasten“ wiederholende Kostenargument der Arbeitgeber ein, dass durch Lohn- und Gehaltserhöhungen die Arbeitsplätze gefährdet würden. „Wenn ein polnischer Stahlarbeiter für 500,00 € im Monat arbeitet und ein deutscher Stahlarbeiter arbeitslos wird, hat das zur Folge, dass keiner von beiden mehr einen Neuwagen kaufen wird und somit der Stahl überhaupt nicht produziert werden müsste, das müssen auch die Arbeitgeber begreifen“, rief er den Teilnehmern unter Beifall zu.

Weiter erläuterte er anhand der wirtschaftlichen Situation, dass die Forderung für die Stahlindustrie durchaus verkraftbar ist und forderte dann „die Arbeitgeber zu konstruktiven Verhandlungen auf“, so Sadowsky wörtlich.

Der Betriebsratsvorsitzende der Georgsmarienhütte GmbH, Wilfried Brandebusemeyer, gab sich kämpferisch und machte deutlich, dass sich die Beschäftigten in der Stahlindustrie nicht mit Almosen abspeisen lassen und ihren gerechten Anteil notfalls auch mit Kampfmaßnahmen durchsetzen werden.

Hierzu ergänzte Dieter Schumann, Betriebsratsvorsitzender der IAG GmbH, dass das Kostenargument nicht nur für Arbeitgeber stimmt, sondern die Arbeitnehmerhaushalte wesentlich stärker hierunter leiden würden und schon aus diesem Grund eine Tarifierhöhung notwendig ist.

„Für eine gute Arbeit muss auch ein gerechter Lohn kommen“, forderte Lothar Leimbrock, Betriebsratsvorsitzender der Firma Magnum GmbH, und unterstrich dabei weiter, dass Arbeitnehmer nicht die „Melkkühe der Nation“ sind.

Abschließend warnte der Osnabrücker IG Metall Vorsitzende Hartmut Riemann die Arbeitgeber vor der Fehleinschätzung, dass die IG Metall nicht kampffähig sei. „Wir haben den Arbeitgebern heute lediglich unsere Waffen gezeigt. Wenn nun in der nächsten Tarifverhandlung am 16. Oktober 2003 kein akzeptables Ergebnis erreicht wird, sind wir auch zu einer Ausweitung von Arbeitskampfmaßnahmen in der Lage. Ich hoffe, dieses heutige Signal ist bei den Arbeitgebern angekommen.“

Mit dieser Aussage traf er haargenau die Stimmungslage der Protestierenden.